Förderung von Arbeitsverhältnissen nach § 16 e SGB II (FAV)

Schon seit 2012 gibt es die Möglichkeit für Jobcenter, Arbeitsverhältnisse nach § 16 e SGB II besonders zu fördern. Das kommunale Jobcenter wird künftig von diesem Instrument verstärkt Gebrauch machen, um im Interesse von Bürgern und Kommunen die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Leistungsbeziehern nach dem SGB II besonders zu fördern.

Durch das Instrument können Beschäftigungsverhältnisse für langzeitarbeitslose und arbeitsmarktfremde Personen mit besonderen Vermittlungshemmnissen gefördert werden, um mittelfristig eine Arbeitsmarktperspektive zu schaffen.

Voraussetzung für die Förderung ist es, dass auch nach mindestens sechsmonatiger intensiver Unterstützung durch die Vermittlungsfachkräfte des Jobcenters eine Integration in ein Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht zeitnah möglich ist.

Durch die Förderung des Arbeitsverhältnisses nach § 16 e SGB II sollen die Aussichten auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fortlaufend verbessert werden.

Förderumfang und Dauer:

Die Höhe der Förderung kann bis zu 75 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts betragen. Dies ist durch die zuständige Vermittlungsfachkraft zu entscheiden.

Berücksichtigungsfähig sind dabei:

- das zu zahlende tarifliche Arbeitsentgelt oder, wenn eine tarifliche Regelung keine Anwendung findet, das für vergleichbare Tätigkeiten ortsübliche zu zahlende Arbeitsentgelt. Gesetzliche Mindestlohnregelungen sind zu beachten.
- der pauschalierte Anteil des Arbeitgebers am Gesamtsozialversicherungsbeitrag von 20 % ohne Berücksichtigung des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung

Einmalig gezahltes Entgelt (z. B. Weihnachtsgeld) ist nicht berücksichtigungsfähig. Der Förderbetrag wird zu Beginn der Maßnahme in monatlichen Festbeträgen für die Förderdauer festgelegt. Änderungen sind nur zu berücksichtigen, wenn sich das Arbeitsentgelt vermindert.

Die individuelle Förderung für die Arbeitnehmerin oder den Arbeitnehmer ist auf maximal 24 Monate innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren beschränkt.

Arbeitgeber/Beschäftigungsfelder:

Arbeitgeber können natürliche oder juristische Personen sein. Es kommen alle erwerbswirtschaftlich und nicht erwerbswirtschaftlich ausgerichteten Beschäftigungsfelder in Betracht. Die bei Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II geltenden Beschränkungen auf zusätzliche Tätigkeiten, die im öffentlichen Interesse liegen und wettbewerbsneutral sind, gelten hier nicht.

Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn zu vermuten ist, dass der Arbeitgeber die Beendigung eines anderen Beschäftigungsverhältnisses veranlasst hat, um den Arbeitsplatz über FAV fördern zu lassen oder eine bisher für das Beschäftigungsverhältnis erbrachte Förderung ohne besonderen Grund nicht mehr in Anspruch nimmt.

Leistungen zur Förderung von Arbeitsverhältnissen sind durch den Arbeitgeber nach § 16e Abs. 1 Satz 1 beim Jobcenter vor Einstellung des Arbeitnehmers zu beantragen. Das Jobcenter wird dann mit dem Arbeitgeber individuell klären, ob und ggf. ab wann geeignete Arbeitnehmer zur Verfügung stehen.